

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementpreis beträgt monatlich 15 Mark, vierteljährlich 45 Mark; durch die Post bezogen monatlich 25 Mark, vierteljährlich 75 Mark. — Fests- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Berantwortlich für den Inhalt: Karl Schuh: Trad: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Wiemelerstr. 38—42. Telefon: Bo. 83, 89 u. 98. Delegat: Adt: Altvorstand Bochum.

Arbeiter, auf die Wacht! Stinnes will den Zehnstundentag!

Die Reichsregierung hat sich für den energischen Versuch der Marktstabilisierung entschieden, um die Geldentwertung und damit die Teuerung zu bekämpfen. Die Sozialdemokraten, um deren Vorschläge es sich hier im wesentlichen handelt, stimmten den Noten an die Reparationskommission zu, in denen diese Vorschläge niedergelegt sind, das Zentrum erklärte ohne innere Wärme seine Zustimmung, die Demokraten sagten nichts, Volkspartei und Deutschnationale sind Gegner dieser Pläne. Der Reichsverband der deutschen Industrie setzt alles daran, diese Maßnahmen zu verhindern.

Stinnes erklärte sich am 9. November im Reichswirtschaftsrat unter eifriger Zustimmung aller Industriellen als Gegner der Marktstabilisierung, forderte aber dafür die Einführung des Zehnstundentags!

Diese freche Provokation des Industriemagnaten mag den Arbeitern zeigen, wie gefährlich die Lage ist. Nach uns die Stützlinie, das ist die Parole der Kapitalisten. Weltmarktkreise für sich, aber keine Weltmarktlöhne für Arbeiter. Angestellte und Beamte Devisenhamsterei für sich, damit man an jeder Lohnhöhung und Preissteigerung noch ein hübsches Geschäft macht und Hunger für das Volk, einen Tagesdienst, von dem man gerade ein Pfund Margarine kaufen kann!

Kameraden, sei auf der Wacht! An Tagen oder Wochen kann es ums Biegen oder Brechen gehen!

Die Entente vereinfelt den Bergleuten die Überarbeit durch ihre Mehrförderung nach Kohlen, Unternehmer und Unternehmertäler tun dasselbe durch ihre Hebe über die „Faulheit“ der Arbeiter und ihr Streben nach Arbeitszeitverlängerung.

Die armen Volk — hic Stinnes und Genossen, lautet die Parole. Wo du zu stehen hast, brauchen wir dir nicht zu sagen! Gieb aber nicht nur in Gedanken, sondern mit Wort und Tat zu uns! Stärke deinen Verband, deine genossenschaftliche und deine Parteidorganisation!

Den Unternehmern und ihren offenen und heimlichen Helfern sei aber noch einmal deutlich gesagt: Was ihr plant, bedeutet Kampf auf Leben und Tod, bedeutet Bürgerkrieg! Wählt zwischen diesem und sozialem Fortschritt!

* * *

Stinnes schwächt in der Presse seine Provokation ab, soweit sie sich um die Marktstabilisierung dreht, nicht aber feinen Vorstoß gegen den Zehnstundentag!

Die Volkspartei soll zwar nicht in die Reichsregierung, wohl aber „Köpfe aus Industrie und Wirtschaft“, so daß die Volkspartei dieser Regierung Unterstützung leisten könnte! Das Wiederaufbauministerium soll besetzt werden, Giesberts soll aus dem Postministerium, Robert Schmidt aus dem Reichswirtschaftsministerium verschwinden!

Der „Vorwärts“ schrieb zu Stinnes' Vorstoß:

Aber ein Gutes hat dieser Vorstoß von Stinnes im Reichsverbande der Industrie gebracht: die politische Situation ist jetzt klar. Mit Stinnes gibt es keine gemeinsame Arbeit. Gegen seinen Wunsch, die deutsche Volkswirtschaft in den Abgrund zu reißen, weil das ihm und einer Handvoll Industrieller Angen bringt, gibt es nur den schärfsten Kampf. Das gilt nicht nur für Herrn Stinnes, sondern für alle, die ihm politisch häufig sind. Mit Leuten, die die Lebensintensität der großen Masse der Bevölkerung leicht herabsetzen, kann es für die Sozialdemokraten, die Partei des Volkes, keinerlei Verbündigung geben. Damit sind vorläufig alle Kombinationen der Bürgerlichen über eine „Erneuerung der Regierung“ in der kommenden Woche hinfällig. Mit den Expropriateuren der Arbeiterschaft und des Mittelstandes, die auch jetzt von ihrem Augen aus der Not des Volkes noch nicht befriedigt sind, gibt es keine Gemeinschaft!

Wir hoffen, daß nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Arbeitervertrete aus dem Zentrum den Stinnesplänen Widerstand leisten. Aber gleichviel wie die Parteien sich stellen: Auch für die Bergarbeiter gilt nur:

Für das Volk — gegen Stinnes!

8 Prozent für Beamtengehälter = 90,91 M., in Summa je Arbeitsschicht 1227,36 M. Zur Berechnung des Lohn- und Gehaltsanteils am Bechenerlös muß der im Oktober erzielte Absatzsatz zugrunde gelegt werden, weil er für November erst nach Monatsabschluß vorliegen kann. Es besitzt sich je Arbeitsschicht auf 120 Fälle. Der Bechenerlös für eine Tonne Bettschördeholz im Betrage von 5425,96 M. wird bei 1227,36 M. Lohn in der Arbeitsschicht einschließlich Beamtengehälter und bei einem Absatzsatz von 530 Kilo beläuft mit 2334,61 M. = 43,03 Prozent. Den Werken peinliche zur Besteitung der sonstigen Kosten, der Abschreibungen und des Gewinns 200,32 M. = 56,97 %.

Der vom Reichskohlenverband veröffentlichte Verkaufspreis 8114 M. je Tonne Bettschördeholz stellt sich ab 1. November 1922 wie folgt auf: Lohn- und Gehaltsanteil M. 2334,61 = 28,77 % Zur Besteitung aller anderen Kosten M. 200,32 = 2,51 % Steuern, Abgaben, Handelsabatt M. 2684,01 = 33,13 %

Summe: M. 8114,00 = 100 %

Diese unerschöpflichen Ergebnisse sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Sie zeigen, daß

1. der größte Anteil vom Bechenerlös und vom Kohlenverkaufspreis den Unternehmen verbleibt,
2. der Anteil der Abgaben und Steuern gleichfalls wesentlich den Gehalts- und Lohnanteil überschreitet hat,
3. für Gehälter und Löhne der geringste Anteil vom Bechenerlös und vom Kohlenverkaufspreis beansprucht wurde.

Zu diesen Gesetzestunden sind noch einige Bemerkungen erforderlich. Aus der Tatsache, daß den Zechen der höchste Anteil des Verkaufspreises im Gegenfahrt zu der Zeit, die vor dem 1. September 1922 lag, verbleibt, darf nicht geschlossen werden, daß sie nun ihre Gehalte in gleicher Weise gesteigert haben. „Leiden nicht“, muß gesagt werden, denn dann könnten Lohn- und Gehaltsaufhöserungen gefordert und durchgesetzt werden ohne Preissteigerungen.“ Solche Wahlheiten auszusprechen macht wenig popular. Wir verzichten aber auf Popularität, die auf Trugschlüssen beruht, und verkünden die Tatsache wie sie sind. Die wesentlich gesiegerten Gewerkschaften der Zeche — im August 24,16 und im November 38,1 Prozent vom Verkaufspreis — werden aufgezeigt durch die fast zehnfache Steigerung bei für den Gewerbetrieb unentbehrlichen Materialien, die keiner Bedeutung im Preise unterliegen, sondern sich in voller Preissteigerung bewegen. Nur einige seien herausgegriffen unter Hinzufügung der Beschaffungspreise:

	Preis im Juli	Preis Ende Oktober
Kiesgrubenholz je Kubikmeter	8,000 M.	20,000 M.
Crochleite je Tonne	18,600	12,000
Grubensand je Tonne	15,500	102,000
Lederreibstreifen je Kilogramm	620	5,500
Moschitol je 100 Kilogramm	1000	32,000

Die Liste könnte beliebig verlängert werden unter Angabe des Preises laut Angaben. Diese wenigen Beispiele zeigen, weshalb die Preissteigerung bei den Rohstoffen angekündigt wird, wenn die Preise übermäßig steigen und die Betriebsleistung einer Menschen, die der Erde die Kohle entziehen, aufzuhalten scheitern soll.

Aus den Rechnungsergebnissen ist auch ersichtlich, daß der rheinisch-westfälische Bergverband falsch berichtet war, als er am 12. Oktober 1922 an das Arbeitsministerium schrieb, daß „eine Zurückhaltung in der Lohnbewilligung dringend erforderlich ist“ und daß „die Arbeiter, die es bisher verstanden haben, für die alte Haushaltung ihres Lohnes im wesentlichen zu erhalten, auch einmal einen geringfügigen Entwertungsfaktor in ihrer Verbrauchsführung zum mindesten vertraglich tragen müssen, der in einer nie wieder erlebten Größe von den wichtigsten Städten des deutschen Volkes stillschweigend getragen wird.“ Die Bergarbeiter fragen, wie die Rechnungsergebnisse zeigen, ihren Teil am Entwertungsfaktor? Sollen sie eine noch größere Burde übernehmen? Das ist unmöglich! Schon gibt es jetzt, die noch einen größeren Anteil am Entwertungsfaktor tragen, Kleinunternehmer, Kleinsindolden, Arbeitsintakten, Waisen und Witwen sind die bestagsverteilten Weisen auf der deutschen Erde. Zu gleicher Kraftlosigkeit dürfen die Bergarbeiter nicht herab sinken, denn dann wären sie leistungsunfähig. Von diesen wird Steigerung der Produktion gefordert, also müssen sie auch arbeitsfähig bleiben. Hierzu waren die vergangenen Leidenaufbesserungen als Mindestmaß erforderlich und werden künftig notwendig sein. H. Lößler

Wir geben dem Kameraden Lößler Recht darin, daß Veröffentlichungen über diese Fragen sich auf eindividuelles Material rüsten müssen. Letzter stand dies bisher der Offenheitkeit zu gut wie vor nicht zur Verfügung und auch das Material über die Selbstkostenberechnung der Unternehmen, das den Kohlenwirtschaftsorganisationen zur Verfügung steht, wird so lange eingeschwiegen, bis den Arbeitsgemeinschaften eine gründliche, klare Nachprüfung möglich ist. Das ist u. E. heute noch nicht der Fall. So spielt auch die Frage des Güternachschusses verhältnis, ob zur Bereitstellung unserer Kohlenwirtschaftschaft eine nicht unwichtige Rolle. Kunststück über diesen Verbrauch wird eben den Bergarbeiterorganisationen, rausweg von den zuständigen Stellen verweigert! Solange herauszufinden möglic ist, darf sich niemand über das Nichtwissen gegen offizielle Statistiken wundern.

Um aber den Kameraden Lößler dargelegte Entwicklung noch einmal plastisch vor Augen zu führen, wiederholen wir sie in nachstehender Tabelle:

Lohn- und Gehaltsanteil am Zechen-Kohlenpreis:		
Arbeitsschicht und Schichtzeit	Gehälter	Gehaltsanteil
Februar	68,90 %	38,10 %
März	58,49 %	41,51 %
August	62,91 %	37,09 %
November	43,03 %	56,97 %

Lohn- und Gehaltsanteil am gesamten Kohlenpreis:		
Lohn- und Gehalt	Preis	Gehaltsanteil
Februar	49,31 %	28,00 %
März	44,78 %	31,77 %
August	40,93 %	34,16 %
November	28,77 %	38,13 %

Es muß aber noch eine weitere Bemerkung zu den Darlegungen Lößlers gemacht werden. Die ungeheuerlich gestiegenen Preise für Materialien sind Tatsache. Sie ist festgestellt im Frieden 79 M. und am 1. November 1922 = 77 836 M., also das 94fache des Friedenspreises! Wir greifen nur dies eine Beispiel heraus, mit anderen Materialien liegt es ähnlich so. Alle Unternehmen laufen für ihre Zechen diese Materialien zu den hohen Preisen. Man muß dabei nur beachten, daß eine große Zahl unserer Zechenbesitzer diese Materialien von sich selbst kaufen, da sie diese in eigenen, ihrem Konzern angeschlossenen Werken herstellen. Sie machen bei Herstellung dieses Materials Riesenverluste, da die Eisenwirtschaft gemeinkapitalistisch fast gar nicht gebunden ist, sie rechnet selbstverständlich ihren Zechen das Material zu den Monopelpreisen an und steigen die Materialkosten für die Zechen. Vom Kaufmännischen Standpunkt ist gegen dies Verfahren nichts zu sagen, aber die Arbeitnehmerschaft, die Verbraucherseite, das ganze Volk, haben ein Interesse daran, daß dieser Monopolwirtschaft ein Ende gehe, daß Eisen- und Baukunstwirtschaft ebenfalls stark gemeinschaftlich gebunden werden. Das liegt endes die Tatsache, die wir aus der Debatte über die oben behandelte Frage zu ziehen haben.

Lohn- und Gehaltsanteil je Tonne 230,80 M. = 49,31 % An d. Unternehmen für alle anderen Betriebskosten sowie Abschreibungen u. Gewinne 131,07 M. = 28,00 % Abgaben und Steuern 106,23 M. = 22,69 %

Zusammen 468,10 M. = 100 %

Am Februar 1922 war der Durchschnittslohn um 3,90 Prozent über den sonst normalen Anteil von 60 Prozent am Bechenerlös hinausgegangen. Die Tatsache ist wie folgt zu erklären: Am 1. September 1921 wurde den Bergarbeitern des Ruhrbezirks eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 10 M. pro Schicht gewährt. Dazu kommt 8 Prozent für die Aufbesserung der Beamtengehälter, zusammen also 10,80 M. Zur Abgeltung wurde den Werken eine Preissteigerung von 21 M. netto je Tonne Kohle zugewiesen. Mit diesem Betrag war aber nur die Lohn- und Gehaltsaufbesserung abgegolten und für zu erwährende Materialien Preissteigerungen nichts eingestellt. Die Auswirkung war, daß der auf langer Beobachtung beruhende Erfahrungswert von 60 Prozent Lohn- und Gehaltsanteil am Bechenerlös um, wie errechnet, 3,90 Prozent überschritten wurde. Bei einer neuen Preisregelung am 1. März 1922 wurde diese Differenz ausgeglichen dadurch, daß den Werken 14 M. als Preissteigerung für eingetretene Materialienpreissteigerung und 18 M. je Tonne Kohle für die Aufbesserung des Abschreibungslages zugeschlagen wurden. Das Verhältnis änderte sich dann zu ungünstigen Gehalts- und Lohnanteils, wie aus nachfolgenden Zahlen zu erkennen ist:

Der Februarlohnpreis betrug am 1. März 1922 per Tonne 601,70 M. Nach Abzug der Kohlen- und Umlagesteuer, des Beitrages für den Helmständerbau, des Handelsabatts und eines Beitrages von 4,50 M. für die Abgeltung gesetzelter Sozialkosten, verblieb dem Unternehmen ein Erlös von 460,88 M. per Tonne, woraus sich ergibt, daß die Abgaben und Gehaltsanteil auf 141,12 M. beliefen. Der Arbeiterdurchschnittslohn je Schicht betrug 136,45 M. je Schicht, dazu kommen 8 Prozent für Beamtengehälter oder 10,91 M. in Summa 147,36 M. Bei einem Absatzsatz von 547 Mto je Arbeitsschicht beläuft die Gehalts- und Lohnbelastung auf die Tonne 269,40 M. = 58,49 Prozent, während den Zechen für alle anderen Kosten einschließlich Abgeltungen und Gewinnen 191,18 M. = 41,51 Prozent verblieben.

Der Februarlohnpreis für März 1922 teilt sich auf wie folgt:

Lohn- und Gehaltsanteil je Tonne M. 269,40 = 44,78 % An d. Unternehmen für alle sonstigen Kosten, Abgeltungen und Gewinne M. 191,18 = 31,77 % Abgaben und Steuern M. 141,12 = 28,45 %

Zusammen: M. 601,70 = 100 %

Der Lohn- und Gehaltsanteil am Bechenerlös war im März unter 60 Prozent. Er kommt aber bald wieder an diesen Satz heran und übersteigt ihn leicht bis einschließlich August 1922. Für diesen Monat stand der Februarlohnpreis auf 151,85 M. je Tonne. Abgängen von diesem Betrag für Steuern, Bergmannshofsätzl. fonds usw. 528,15 M., so daß 984,85 M. den Zechen als Erlös verblieben. Der Durchschnittslohn für August betrug je Schicht 131,66 M., dazu kommen 8 Prozent für Beamtengehälter = 25,00 M. in Summa 138,75 M. Bei einem Absatzsatz von 547 Mto wurden für Löhne und Gehälter 619,28 M. per Tonne = 62,91 Prozent vom Bechenerlös verausgabt, so daß den Unternehmen 365,57 M. = 37,09 Prozent für die übrigen Betriebskosten sowie für Abgeltungen und Gewinne verblieben.

Der Lohn- und Gehälter per Tonne M. 619,28 = 40,93 % Die Unternehmen erhalten für Besteitung der Betriebskosten, Abgeltungen und Gewinne M. 365,57 = 24,16 % Abgaben und Steuern M. 181,15 = 34,91 %

Zusammen: M. 1513,00 = 100 %

Seit September 1922 geht der Lohn- und Gehaltsanteil am Kohlenverkaufspreis und am Bechenerlös zurück und zurück. Der Verkaufspreis für eine Tonne Bettschördeholz wurde vom Reichskohlenverband ab 1. November 1922 auf 8114 M. festgesetzt. Abzulegen sind für Steuern, Bergmannshofsätzl. fonds usw. 2688,04 M., so daß als Bechenerlös 5426,96 M. verblieben. Der Durchschnittslohn beträgt ab 1. November 1922 nach dem gesetzten Schiedspruch 1186,45 M. je Schicht plus wie folgt auf:

Das arme deutsche Reich. — Arme Reihe.

Die Einnahmen des Reiches waren im Oktober 1920 so hoch wie im Jahre, die Ausgaben waren aber um das 28fache gewachsen. In der Zeit vom 10. bis 20. Oktober konnte nur ein Sechstel der Ausgaben aus den Einnahmen bestreitet werden, fünf Schritte wurden durch neue Geldscheine bedeckt. Die schwedende Schild wuchs in diesen zehn Tagen um 52 Milliarden, seit April um 270 Milliarden. Die Gesamtsumme liegt nun auf 610 Milliarden!

Die schwedende Schild des Reiches an diskontierten Scheinen stieg am 31. Oktober auf 603,63 (am 20. Oktober 429,17 Mark) Milliarden, das bedeutet eine Zunahme von 61,46 Milliarden Mark in einer Periode oder von 152,73 Milliarden Mark in einem Monat! (Vgl. 38½ Prozent!!) Dazu kommen noch die 74,81 Milliarden Mark (30. September 45,75) weitere Zahlungsverpflichtungen aus Sparsparbeitungen und Schatzscheinen und 42,73 Milliarden Mark (30. September 81,73) Sicherheitsleistungen durch solche. Der Gesamtbetrag der schwedenden Schild beträgt damit 720,67 Milliarden Mark (vor einem Monat 528,32 Milliarden Mark).

Der Industrie, der Landwirtschaft und dem Handel gingen nicht so schlecht. Der Börse entzieht zeigt die Preissteigerung der an der Börse gehandelten Rohstoffe. Inländische Anleihen stiegen am wenigsten, wie das bei ihren festen, niedrigen Zinsen selbstverständlich ist. Von 849 Anfang Januar 1921 stieg sie auf 1228 am 27. Oktober oder von 100 auf 215. Ausländische Anleihen stiegen in dieser Zeit von 934 auf 61,0 oder von 100 auf 7404! Das zeigt, in welchem Maße auch deutsches Geld in ausländische Anleihen geflossen ist.

Auch die Aktien, die an deutschen Börsen gehandelt wurden, zeigten eine sehr erhebliche Steigerung. Sie stiegen von 14.989 auf 184.451 über von 100 auf 1231!

Ein Bild in die Handelsstelle der Presse zeigt die ungeheuren Gewinne der Industrie. Leider ist hier der Abschluß der AGG, der Allgemeine Elektrizität-Gesellschaft. Sie hat im letzten Jahr einen Bruttoabfuhrationsvertrag, der 493 Millionen Mark höher war als im Vorjahr, wo er um 163 Millionen gegen das Vorjahr gestiegen war. Der Reingewinn wird nach sehr knappem Gewichtsbericht mit 166,41 Millionen Mark, etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr, ausgewiesen. 400 Millionen Mark werden dem Werkebauungsfonds überwiesen. Am Dividende wurden 25 Prozent gegen 18 im Vorjahr gezahlt.

Die Rheinischen Stahlwerke zahlten 50 Prozent Dividende, die Aachenberger A.G. 30 Prozent, außerdem defanierten sie Aktienmarken eines Bonus von 30 Prozent. Die Phoenix A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb zahlt 50 Prozent Dividende. Stahlwerk Witten A.G. zahlt 30 Prozent, die Vereinigte Stahlwerke von der Böhmen und Westen Eisenhütten A.G. 100 Prozent! Capito & Klein A.G. in Bremach zahlt 50 Prozent Dividende. Der Klöckner-Konzern kann sich über schlechte Geschäfte auch nicht beklagen. Sachsenring, Hüttin und Bergbau erzielte ein A.G. in Berlin erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Ueberschuss von 43.185.908 (18.890.535) M., wovon 20 (16) Prozent Dividende, 2.226.037 (1.027.826) M. Rentenien gezahlt werden. Von den Interessengemeinschaften werden auf Grund der geschlossenen Verträge folgende Dividenden im Vorschlag gebracht: Hafner Eisen- und Stahlwerk 41 Prozent auf das Aktienkapital von 24 Mill. M.; Georg-Wilhelm-Bergwerks- und Hüttenwerk in 24½ (14) Prozent auf das Aktienkapital von 35 Mill. M.; Haagener Walzwerk 2. Mannesmann & Cie. A.G. 19 (12) Prozent auf die Vorzugs- und Stammatien von insgesamt 18 Mill. M.; Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie besitzt einen auf 10 Mill. M.; Königsborn A.G. für Bergbau, Salinen und Salzabtrieb 30 (10) Prozent auf das Aktienkapital von 11 Mill. M. — Die Vereinigte Königsw. und Cuxhütte zahlt 20 Prozent Dividende gegen 10 im Vorjahr, die Dividende erhöhte sich nur 16,2 Mill., während der Reingewinn 89,3 Millionen beträgt; der Bruttogewinn belief sich auf 112,2 gegen 99,4 Millionen im Vorjahr. Die Farbenfabriken vorm. Bäher & Co. in Leverkusen verliehen 20 Prozent Dividende.

Kapitalistische Zeitungen rechnen oft schematisch die Kapitaldividende im Gold um und kommt so zu einer geringen Vergütung. Das ist natürlich nur selten richtig. Abgesehen davon, daß die Dividenden meist viel, viel höher sein könnten, wenn man nicht vorweg einen großen Teil des Gewinnes auf verschiedene Fonds verteile, sind die Aktien infolge der bloßschen Erhöhung des Kapitals ja auch keine Aktien auf Goldbasis. So verteilte Leverkusen 1919: 18 Proz. auf 90 Mill. M. Kapital, 1920: 20 Proz. auf 180 Mill. M. Kapital und 1921: 30 Proz. auf 400 Mill. M. Kapital dazu in den beiden letzten Jahren 3½ Prozent auf Vorzugsaktien. Die AGG zahlt 1918/19: 10 Proz. auf 200 Mill. 1919/20: 14 Proz. auf 200 Mill. 1920/21: 16 Proz. auf 350 Millionen und 1921/22: 25 Proz. auf 350 Millionen Mark Aktienkapital.

Im allgemeinen geht es also unfreier Industrie sehr schlecht. Über etwas nicht?

Wieder Geld in den Kreisen unserer "armen" Kapitalisten steht, zeigt die verdeckte Jagd nach Wertpapieren und ihre tolle Kurssteigerung Anfang November. Es las man am 7. November:

Der Kurfürst Stura der Metz verständigte die Notfrage und führte an der Börse zu neuen gewaltigen Kurssteigerungen. Dabei waren die Umlöse wieder recht beträchtlich. Von schweren Kohlenwerken konnten Waldbau und König Ludwig etwa 1 Million Mark gewinnen. Die mittleren Werte waren bis zu 200.000 M. gehoben. Lebhafte waren die Umlöse in Mörs und Treppen. Von Kohlenaktien wurden Sachsenring um 200 Prozent und Karl Friedrich um 100 Prozent höher. Braunkohlenaktien waren 300 Prozent höher. Bei den amlich nicht notierten Aktien waren die Kurssteigerungen zwischen 50.000 und 700.000 M.

Es standen im Kurz am

	30. Sept.	6. November
Deutsch-Südwestburg	945	12.900
Geisenhainer Bergw.	995	18.550
König-Neusiedl	1090	16.300
Hörnerer	1784	33.000
Mülheimer Bergwerksge.	1470	16.000
Phoenix-Bergbau	1130	12.750

Am 8. November las man:

Die Wirtschaft war wieder ein Geschäft von einem beängstigenden Umfang, allerdings nach beiden Seiten. Ganz ist an kein jeder Stellen klar herausgekommen, daß es nach der enormen Aufwärtsbewegung begreiflich, aber die Aufnahmefähigkeit der Märkte ist so unbegrenzt, daß das herauskommende Material in den meisten Fällen glatte Aufnahme fand und daß die Zahl der Kurzschüsse verhältnismäßig klein war. Die Spekulationszettel in Sachen bis in die feinsten Enden auf das äußerste einschlägt, und wenn es erst wieder zu Rückfällen kommt, bringen viele Opfer fallen.

Von westlichen Montanbetrieben liegen Steckum 3629 Prozent, Budenius 650, Viersenburger 1168, Elberfelder 5000, Geisenhainer 750, Hardener 3000, Hoesch 500, Köln-Neusiedl 4300, Rothinger 1500, Hammesmann 1700, Bochum 1500, Rhenischer 500 Proz.

Oberschlesische Kohlenwerke zogen an diesem Tage mächtig an, Rottweil er lebhaft siegen an diesem Tage: Esse um 1100 Proz., Rheinisch 3500, Riesebach 1500 Prozent. Von Ralaktien wurden höher: Deutze 1500 Prozent, Riesebach 1150, Bessunger 1400 Prozent. So ging es mit fast allen Industriewerten, in der Bützwergruppe gingen bis auf 960 Prozent, Steiermärkte 1700 Prozenten. Deutze 1000, Elberfeld 2000, Hamburg-Südamerika-Vinie 2200, Eloman zog um 2000, Südsiegen um 4500, Kolonialteile um 4000 Prozent an!

Es ist klar, daß am 5. Oktober mit 50.000 M. umgesetzt wurden und damit schlecht kam, weil man von einer Zusage von 60.000 M. sprach, zogen Anfang November stark an und wurden in den kritischen Tagen um 490.000 M. bewertet.

Die Geldentwertung bringt also nicht nur eine sofortige tiefe Leistung mit sich, sondern steigert auch die Kursteigerung und somit den Wunsch der Kapitalien nach vermehrter Ausdeutung der Arbeitslosigkeit, nach Befreiung des Arbeitsmarktes! Deshalb ist diese Entwicklung für die Arbeiterschaft so wichtig und lehrreich!

Umstandes, daß die jetzt aufzunehmenden Gelder längst verbraucht sind und die ausführenden Unternehmen einen Anspruch auf spätere Zahlung haben, da sie sonst durch die Geldentwertung großen Schaden erleiden, überhaupt nicht mehr in Gang.

Die Gesamtlage wird gut beleuchtet durch einen Bericht, den die Treuhändern haben der Reichsbankgemeinschaft und der Reichsregierung erläutert. Aus ihm ergibt sich, daß am 1. Oktober im ganzen 10.562 Wohnungen im Ruhrgebiet fertiggestellt und begangen, 10.511 Wohnungen noch im Bau begriffen waren. Die Kosten der Vollendung dieser Wohnungen werden Ende September auf etwa 9 Milliarden Mark über das hinaus berechnet, was bis Jahresende aus dem Kohlenpreisaufstieg zur Verfügung steht. Die Preisentwicklung hat sich aber seitdem unaufhaltsam fortgesetzt, so daß weit größere Mittel notwendig werden, nur um die begonnenen Bauten, von denen allerdings rund 4000 im Rohbau fertig sind, zu vollenden.

Diese Tatsache legt zunächst den Gedanken nahe, die ganze Arbeit einzustellen, sobald diese letzten Hälfte fertig sind; so wie ja auch ein großer Teil der übrigen Bautätigkeit im Lande erloschen ist. Demgegenüber stellt nun der Bericht dar, welche zwingenden Gründe für die energetische Fortsetzung des Bauens von Bergmannswohnungen sprechen. Da ist zunächst die ungeheure Wohnungsnöte, die geradezu im Ruhrgebiet herrscht, weil hier noch immer Zustrom von Flüchtlingen ist, die nur hier Arbeit finden können und weil der Bergbau auch immer noch Arbeitskräfte braucht, nicht nur, um die wachsende Kohlennot zu beheben, sondern auch, um auf den neuerrichten Schächten des nördlichen Ruhrreviers zu wirtschaftlicher Ausnutzung der technischen Möglichkeiten zu kommen.

So muß also aus allgemein-wirtschaftlichen Gründen neue Unternehmensmöglichkeit für Bergleute geschaffen werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Vorbereitung weiterer Bauarbeiten Zeit in Anspruch nimmt, jeder Zeitverlust sich aber in steigende Baukosten umsetzt, empfiehlt der Bericht eine möglichst sofortige Entlastung über Fortsetzung oder Absturz der Arbeiter. Im meisten Fall erfordert die Beschaffung von Grund und Boden, da freihändig so gut wie nichts mehr zu haben ist, sondern das Erneuerungsverfahren angewandt werden muss. Ebenso bedarf die Sicherstellung der erforderlichen Bauarbeitskraft längere Vorbereitung. Bauarbeiter sind schon lange nirgends mehr auf Vorrat vorhanden, müssen also erst hergestellt werden. Zu ihrer Herstellung ist bei den heutigen Preisen mehr Kapital erforderlich, als den Betrieben normalerweise zur Verfügung steht. Die Treuhändern hat sich deshalb bisher schon an Gewerken, Bergleuten usw. durch Kapitalbergabe in verschiedenen Formen beteiligt, um ihre Erzeugung ganz oder teilweise für die Bergmannswohnungen nutzbar zu machen. Das mußte beim Weiterbau in noch stärkerem Maße geschehen und die dazu nötigen Verhandlungen bedürfen gewisser Zeit.

Auch das Baugewerbe, die Bauarbeiterchaft muß bald wissen, wonnen sie ist; ob sie auf Beschäftigung im Inland reären kann oder ob sie ihre Hoffnung auf den Wiederaufbau in Nordfrankreich oder auf einen Berufswechsel setzen muß.

Die wichtigste Frage aber ist natürlich die Geldbeschaffung. Hier kommt der Bericht zu der auch von uns schon vertretenen Auffassung, daß unbedingt mit dem bisherigen System der Erhebung eines festen Aufschlags auf den Kostenpreis gebrochen werden muß, da mit gleich bleibenden Einnahmen wachsende Ausgaben nicht bestritten werden können. Es wird daher vorgeschlagen, von der Kohlensteuer, die 40 Prozent beträgt, 4 Prozent abzugeben und den Treuhändern zur Verfügung zu stellen. Mit dem dadurch für den Ruhrbezirk für 1922 zu erwartenden Aufkommen von etwa 15 Milliarden, das sich bei fortwährender Geldentwertung, also auch Steigerung des Kohlenpreises, automatisch erhöhen würde, könnte neben den 7000 bereits begonnenen Wohnungen noch weitere 4000 bis 4500 Wohnungen errichtet werden.

Damit kann das Baugewerbe in gewissem beschränktem Umfang aufrecht erhalten werden; denn auch trotz starker Erhöhung der Wohnungsbaubedeckung wird die allgemeine Bautätigkeit im nächsten Jahre sehr gering sein, und es sei auch nicht richtig, nur die Inhaber der alten Wohnungen mit den Kosten des Neubaus zu belasten. Die allgemeine Befreiung der Bevölkerung durch die Kohlensteuer werde als gerechter Zugleich dafür empfunden werden.

So weit der Bericht. In diesen Tagen findet eine Sitzung der Reichsarbeitergemeinschaft statt, bei der diese Fragen auf der Tagesordnung stehen. In kurzer werden sie auch die Körperschaften des Verbandes damit zu besprechen haben. Dann erfolgt weiterer Bericht.

Rann der Unsinn größer sein?

Die kommunistische Presse teilt mit, daß der Generalsekretär der Roten Gewerkschaft der französischen Bergarbeiter in der "Humanité" folgendes geschrieben habe:

Die deutschen Arbeiter und nur sie ohne Beteiligung der Bourgeoisie zahlen gegenwärtig die Kosten des Krieges. Die Reparationszölle ermöglichen es den französischen Kohlenbaronen, sich Reiserben für den Kampf gegen die französischen Bergleute zu suchen. Was die patriotischen Gewerkschaften für das Interesse der Nation ausgeben, ist in Wirklichkeit nur das Interesse des Kohlenkartells. Die patriotischen Gewerkschaften und das Bergarbeiterverein will die Kohlen, obwohl es einen Überschuss hat, um mit diesen Kohlen, die in den Ueberbetrieben den deutschen Arbeitern geschildert werden, gegen die französischen Bergleute zu kämpfen.

Was bisher geht noch, aber nun lebt man den folgenden Unsinn: Die deutschen Bergarbeiter werden von ihren Reformisten dazu angehalten, Uebertunden zu verabschieden, weil Poincaré, wenn die deutschen Arbeiter nicht zahlen, damit droht, sich mit dem Eigentum der deutschen Kapitalisten bezahlen zu lassen. Damit aber diese deutschen Kapitalisten verschont bleiben, müssen die deutschen Arbeiter Uebertunden leisten. Das Ziel dieser Reformisten ist, die deutschen Bergarbeiter zu verhindern, wie es während des Krieges geschieht.

Man darf nun nicht sagen, daß die deutschen Arbeiter nicht helfen wollen, die Schäden gut zu machen, für die ihre Herren verantwortlich sind. Sie wollen mit dem Gold ihrer Kapitalisten zahlen. Als sie aber dieses Gold nehmen wollten, wurden sie daran durch die Machenschaften der französischen Ration, die den Reformisten so teuer ist, gehindert.

Aber nur weil Poincaré die deutschen Kapitalisten bedroht, machen die deutschen Bergarbeiter Uebertunden? Nur um das Eigentum der Kapitalisten zu schützen? Nein, nicht deshalb! Wenn Poincaré das Ruhrgebiet hätte besetzen lassen, wäre der Schaden für die Kapitalisten am wenigsten groß gewesen. Leider etwa im besetzten Gebiet die Kohlenförderung mit, daß aus der Beteiligung der englischen firma "The Pier en Chemical Works" (43 Prozent), die von der englischen Regierung zur Liquidation gebracht wurde, sowie aus den anderen ausländischen Beteiligungen kein Nutzen ist, sondern wahrscheinlich ein Gewinn entstehen werde. So hätten auch bei einer Besetzung des Ruhrgebietes nicht die Kapitalisten, sondern die armen Leute den größten Schaden, weil die Befriedung jede Versteigerung und die deutsche Ration, die den Reformisten so teuer ist, gehindert.

Was der Unsinn bedeutet soll, das die deutschen Bergleute mit dem Gold ihrer Kapitalisten zahlen wollen, bez. sie aber an seiner Begrenzung durch die französischen Maschinengewerke gehindert worden seien, möchte näher erläutert werden. Blickeidt hat der Schreiber hier das Unterbleiben, aber das unterbliebene Weiterstreiten kommunistischer Kritische aus Angst vor den Besatzungstruppen im Auge!

Börsenwirtschaftliche Rundschau.

Der deutsche Außenhandel im September.

Der Mengen nach betrug die Einfuhr im September 48,3 und die Ausfuhr 15,9 Millionen Doppelzentner. Die Einfuhr nahm gegen den Vormonat um 1,5, die Ausfuhr um 1,8 Millionen Doppelzentner zu. Die Einfuhr fiel besonders bei Eisenwaren in, Rohstoffen, Rohstoffsmitteln. Die Kohlenausfuhr stieg um fast 1 Millionen Doppelzentner, die Eisenausfuhr um ½ Mill. D.Z. Die Ausfuhr war etwas höher bei Salz, Kaliwalzen, Eisenwaren, sonst verteilte sich die Annahme ähnlich gleichmäßig, nur bei Steinkohlen, Lokomotiven, Tendern, Arbeitsmaschinen war die Steigerung gering.

Einen zweitgrößten Nachschlag für die Werberechnung der Eis- und Kaliwerke gibt es nicht, da die Rote wegen ihrer Schwierigkeiten sich dazu

nicht eignet. Die Reichsstatsistik rechnet deshalb mit Wachstumsaussichten, wonach sich folgendes Bild in Millionen Goldmark ergibt:

Juli	August	September
684,8	845,1	920,0
520,0	542,0	594,4
626	633	640

Die Einfuhr ist also in diesem Vierteljahr verhältnißmäßig ständig gesunken, die Ausfuhr sank erheblich im August und stieg wieder etwas im September. In allen drei Monaten war die Handelsbilanz stark passiv, d.h. die Einfuhr, die wir zu bezahlen hatten, übertraf die Ausfuhr, die wir zu verkaufen hielten. Das trug auch zur Verschlechterung der Markt bei, da wir die Einfuhr in fremder Währung zahlen müssen, und je mehr Devisen wir laufen müssen, um so mehr drückt das auf den Stand der Markt.

Für die ersten neun Monate dieses Jahres stellt sich die nach dieser Methode errechnete Möglichkeit der deutschen Handelsbilanz auf 1½ Milliarden Goldmark.

Der amerikanische Petroleumtrust.

Die Standard Oil Company wurde 1911 auf Grund des amerikanischen Ölgesetzes aufgelöst. Sie teilte sich in eine Reihe von Untergeellschaften, die Kontrolle blieb aber offenbar in einer Hand und die Ausbeutung des Marktes nahm wie früher ihren Gang, da die einzelnen Gesellschaften sich keine Konkurrenz machen. Die Folge ist, daß heute Petroleum in Amerika doppelt so viel kostet als vor zehn Jahren und mit seiner Preissteigerung 30 Prozent über anderen Betriebsbedingungen steht. Die Kurse für Petroleumölse kosten sind gewaltig gestiegen, bei der Auflösung betrug ihr Stand 625 Millionen Dollar und nach den Kursen vom 17. Oktober d. J. 3745 Mill. den Dollar

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Steigerung der Kohlenförderung.

(Das Märchen von der Faulheit der Bergleute.) Die Förderung hat sich im Ruhrgebiet im Oktober merklich gesteigert. Sie wird einde

Kontrollen abhängig sein, lediglich ihm dienen. Kirchliche Angelegenheiten sind nicht ihrer Sache.

Welt ist es noch bis zur idealen Heilsstätte, aber der nächste Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel muss gewagt werden. Vor allem muss die Arbeiterschaft auch nach dieser Richtung hin endlich Einfluss verschaffen und das Wissensmündungsrecht schärfen. So wenig es evangelische Lungenentzündung oder katholische Tuberkulose gibt, dürfen auch öffentliche Heilsstätten nicht nach Konfessionen getrennt werden. Sie sollen Eigentum der Volksgesellschaft werden. Gauertwald.

Die Bedürftigkeitszulage im rheinischen Braunkohlenbergbau
Für die Aräppelschaft Invaliden-, Witwen- und -Waisen ist mit Wirkung ab 1. Oktober aus Mitteln der Werkskassen in folgendem Umfang erhöht worden: für die Invaliden von 560 auf 4000 M., monatlich, für Witwen von 400 auf 2000 M., für Waisen von 160 auf 1000 M.

Propaganda!

Mit einem Beitrag über dieses überaus aktuelle Thema wird die soeben erschienene Nr. 8 unseres Mitteilungsblattes "Verband und Wirtschaft" eröffnet. Es darf keinen Zweifel darüber geben, daß, wenn anders wie das bisher Erreichte behauptet werden, wie eine verstärkte Agitation entfalten müssen. "Der Recklosheit geht ständig zurück, aber wer hat schon mal darüber nachgedacht, welche enger Zusammenhang zwischen Recklosheit und Agitation besteht? Wie man ihm nach Propaganda treiben muss, wird in diesem Artikel an Hand der Ergebnisse moderner Propagandafororschung gezeigt. — Wir stehen vor einem umfassenden Umbau oder besser: Neubau einer Sozialversicherung, über die Grundsätze, die dabei entscheidend sind, unterscheidet der weitere Artikel: "Versicherungs- oder Fürsorgegrundriss?" — "Republik und Wirtschaftssnot", unter dieser Überschrift erscheint diesmal die gewohnt monatliche Wirtschaftsübersicht; sie zeigt, daß trotz aller Schwere der Gegenwart und allem Trübem der unmittelbaren Zukunft die Lage der Arbeiterschaft nicht verzweifelt zu sein braucht, wenn es gelingt, die deutsche Republik über die gefährdenden Klippen des Winters und kommenden Frühjahrs hinwegzubringen. Welch mächtige Kräfte am Werke sind, um der Republik den Garaus zu machen, kann man leichtlich beobachten. Diese schweren Gesahren wollen wir nicht verleugnen, es ist nicht mehr so wie 1848, wo Marx im Kommunistischen Manifest schreiben konnte, daß die Arbeiterschaft nichts als ihre Ketten zu verlieren habe, heute haben wir sehr viel zu verlieren, wir könnten unsere Freiheit verlieren! Gern überläßt die ungeheure Rot, die heute fast bei allen Volksgruppen zu Hause ist, die Stimmen der Vernunft. Geradezu ein Schaudern erfaßt einen, wenn man die schwindelnd hohen Zahlen sieht, die unter der Rubrik: "Deutsche Wirtschaftszahlen" zusammengetragen sind. — Ein interessantes Kapitel stellt der Beitrag über: "Alkoholpreise, Bergarbeiterlöhne und Preisenwidderstand" dar, manch ungerechter Vorwurf gegen die Bergarbeiter und ihre Vertreter in den Kohlenwirtschaftskörperschaften kann damit geschafft werden. Freilich treibt der sprachwörtliche Unterstand mancher Zeitgenossen sonderbare Visionen: Das Ueberabkommen z. B. ist das Bild vieler möglichen Angriffe gegen Verband und Mitglieder geworden. "Willke Ueberrichten oder Ueberarbeitsabschämme" heißtest sich der Artikel, der mal die Verhältnisse in dieser Frage richtig und klarstellt. — Es wird einem weh ums Herz bei der Betrachtung des Abschnitts über "Die Annahme des Alkoholismus". Die Hoffnung der Trinker schwimmt ununterbrochen an und meist handelt es sich um schwere Fälle. Die Alkoholisten trinken heute durch die Bank nur stark alkoholhaltige Getränke. Auch die weitere Oeffentlichkeit soll wissen, welche Gefahr hier im Anzuge ist und mitstellen, daß die neue Alkoholstatistik nicht auch den Rest, der uns noch geblieben ist, mit wiederspielen will. — Der arbeitsrechtliche Teil bringt wieder reiches Material, das die Betriebsräte und Funktionäre bei der Lösung ihrer Aufgaben sehr gut werden gebrauchen können.

Der Bergarbeiterverband hat keine Müh und Kosten gescheut, um mit dem wirtschaftlichen Mittellingsblatt allen, der in der Bewegung tätig sind, ein gut durchgearbeitetes Ausklärungsorgan an die Hand zu geben. Er verlangt aber eine kleine Gegenleistung dafür — und zwar durchaus wieder im Interesse des Ganzen —, nämlich dieses Material drausen in den Reihen aller Berufsgenossen lebendig werden zu lassen, um damit zu werben. Propaganda tut not! Wer rastet — rostet! Be.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ein seliges Jubiläum

Feiert in diesem Monat unser Veteran und Mitbegründer des Verbands, unser alter treuer Kamerad Bernhard Wagenmeier. Im November 1897 zum Kassierer unserer Zahlstelle Marien gewählt, hat er — durch das Vertrauen seiner Kameraden alljährlich wiedergewählt —, getreu auf seinem Posten ausgeharrt. Trotz all der Stürme, die ihn und unser Organisationsgebäude umstoben, trotz Entbehrung, Misregelung und dadurch weile Wege zur Arbeit, hat die Willkür des Unternehmertums im Bunde mit der Klerikalt und den ehemaligen Polizei es nicht fertig gebracht, seinen Raden zu hegen.

Wir wollen nicht nur in Rektologen unsere Toten als Freiheitskämpfer ehren, sondern auch der Lebenden mit Achtung gebieten, die in treuer Pflichterfüllung, wie unser alter Freund Bernhard, ihr redlich Teil zum Freiheitskampf der Arbeiterklasse beigetragen haben. Ist es unserm Bernhard auch nicht gegeben, sein Licht durch große Leben leuchten zu lassen, so war er uns allen doch stets ein leuchtendes Beispiel durch außergewöhnliche Tätigkeit als Zahlstellenkassierer und Verteiler. Wir begehen mit ihm und seiner Familie am besten den Jubiläumstag, indem wir geladen, getreu seinem Beispiel, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis das Ziel, welches wir uns gesetzt haben, erreicht ist. Besonders unseren jungen Kameraden rufen wir zu, sich ein Beispiel an den Alten zu nehmen, die das Schiff des Verbandes durch manche Brandung und Krisen hindurchgesteuert. Wenn dieses gestrichen waren wir nicht abwählen, dann werden wir auch die gegenwärtigen Kämpfe, die unsre Organisation durchzumachen hat, mit Ehren bestehen. War es früher die Verteilung, die als Hanblänger des Unternehmertums uns den Kämpfungsgeist geschworen, so sind heute andere Elemente am Werk, um an unserem stolzen Bau zu rütteln. Diesen Elementen, die leicht bewußt, leicht unbewußt die Geschäfte der Unternehmer befreiten, die ein Element, die schon in der Vorriegszeit zum Übergriffen auf die Schleppenträger des Kapitals waren, gilt neben anderen Käufertugaben, jetzt unser Kampf. Nicht der rohe Kampf der Gewalt, sondern mit der Ausklärungswaffe wollen wir so lange kämpfen, bis auch hier die Vernunft über die Unvernunft gesiegt hat.

Wir sind überzeugt, daß wir im Sinne aller Verbandskameraden, die unsren alten Freund Bernhard kennen, handeln, wenn wir den Wunsch aussprechen, daß es unserm Jubilar, der, obwohl seit langem Invalide und doch geistig noch frisch, vergönnt sein möge, uns in diesem Komplexe noch lange stillschweigend zur Seite zu stehen. Datum, alter Freund, nimm hin unsre Gratulation, unsern herzlichsten Dank für alle Deine Treue und Hingabe für den Verband. Als werden uns Deiner würdig zeugen! Die Bezirkskommission des Verbandes der Bergarbeiter Deutschland für den Bezirk Dortmund.

Berbandsjubiläum.

In diesem Monat feiern folgende sechs Kameraden unseres Zahlstellen ihr 25- bzw. 30jähriges Jubiläum: Konrad Reuter, Karl Wassermann, Florenz Siebrasse, Heinrich Finkensiep, Heinrich Vogelsangmidt, August Dinkel. Lange Jahre waren diese Kameraden in der Ortsverwaltung tätig, teilweise sind sie noch heute. Die Zahlstelle bringt ihnen hiermit die herzlichsten Glückwünsche vor und hofft, daß die Zukunft weiter wie bisher mithelfen werden, damit unsere Zahlstelle nach wie vor eine Hochburg des Verbandes bleibt.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Heven.

Welch riesennummer! Kein der rheinische Separatist! Dorten sein auch, zeigte eine Gerichtsverhandlung, die ähnlich in Essen stattfand. Ein Kaufmann Worms suchte 1921 Dorten auf und legte ihm angeblich Separatistische Dokumente vor. Otto Hue und ein Protokoll vor, wonach die sozialistischen Parteien des Ruhrgebietes unter Führung Otto Hues bereits seitlich der französischen Separatistischen Partei zusammengekommen waren. Dorten fiel auf den Schein herein, zahlte dem Worms 36 000 M. und holtete ihm noch 1 Million gezahlt, wenn Worms nicht durch die Franzosen verhaftet werden möchte.

Otto Hue als Dorten-Separatist, als Landesvertreter — einen

großen Schwindel hat es wohl nie gegeben. Und darauf fiel Dorten herstal vorlegten werden. Wer dies annimmt, wird das Gegenteil im Nachfolgenden finden.

Zunächst ist, nach der Verschmelzung in Halle die Reichszentrale gebildet worden. Zu den Obhutgegenheiten der Reichszentrale gehört auch eine gewissenhafte Kassenführung und Vorlegung überblicklicher Kassenberichte den Mitgliedern. Diese Reichszentrale wurde im Oktober 1921 errichtet. Anfang dieses Jahres legte sie ihren Funktionären in einem Rundschreiben, welches nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, einen Kassenbericht für die Monate Oktober, November und Dezember 1921 vor, welcher sehr umfangreich war. Am 1. September d. J. tagte nun in Essen der Reichs-Langtag der Union und dort hätte die Geschäftsleitung einen Kassentericht vorlegen müssen, welcher das ganze Geschäftsjahr umfaßte. Das geschah nicht! Der Kongress erhielt nur einen Kassenbericht über die Monate Januar bis August 1922, angeblich beschafft, weil für die anderen drei Monate ein Bericht herausgegeben worden sei. Warum dieses Mandat vorgenommen wurde, wird der Leser im Nachfolgenden finden.

Wir lassen zwei Kassenberichte folgen, bemerken noch, daß wir der Raumverhältnisse wegen einige Positionen, wo es angängig war, in eine Rubrik zusammengefaßt haben. Das eigentliche Bild und besonders das Niveau der Berichte ist naturgetreu wiedergegeben.

Geschäftsbericht der Reichszentrale der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands.

Einnahmen

Monat Oktober 1921:

Beiträge	von den Wirtschaftsbezirken Rheinland-Westfalen (82 206,60 M.) und Brandenburg-Berlin	27	M.
	(1108 M.)		
Darlehen vom Bezirk Borna (400 M.) und Sonstiges	9 367,33		

Summa: 92 681,93

Monat November 1921:

Beiträge	Rheinland-Westfalen (7715 M.) und Mitteleuropa	97 513,90	M.
	(25 260 M.)		
Darlehen: Oberschlesien (12 500), Borna (21 000 M.)	32 976,55		

Rückbuchungen und Kontozahlungen 40 905,67

Summa: 204 896,12

Monat Dezember 1921:

Beiträge	Rheinland-Westfalen (siehe unten eingangssteckte Anmerkung)	99 469,30	M.
	Darlehen an Bezirk Oberschlesien	5 030,-	
Sonstige Einnahmen	561,20		

Summa: 105 431,10

(Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen rechnete im letzten Monat 117 469,80 M. ab, jedoch ist im November eine Kontozahlung von 18 000 M. erfolgt, so daß nur 99 469,80 M. in die Einnahme des Monats Dezember gesetzt wurden.)

* Die Beitragseinnahmen betragen 50 Proz. des Grundbeitrages, d. h. 50 Prozent der von den Bezirken vereinbarten Beitragsziffer.

Rechnungsbericht der Reichszentrale der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) vom 1. Jan. bis 31. Aug. 1922.

Einnahmen

(Diese sind wortgetreut aus dem Originalbericht nachgebracht. Redaktion der "Bergarbeiter-Zeitung".)

Monat	Beiträge	Sonstige Einnahmen	Rückbu.	Summe
Januar	11 703,70	1 400,00	—	13 103,70
Februar	40 639,85	3 039,10	—	43 728,95
März	66 536,45	1 900,00	—	68 436,45
April	560 760,60	3 799,00	—	564 059,60
Mai	760 846,00	5 215,40	42 692,00	80 00
Juni	658 122,90	3 310,00	976,00	11 600,00
Juli	229 433,55	3 142,50	986,00	2'000
August	514 774,15	10 372,50	56 876,00	1 229,00

Summa M. 3 469 818,10 — — — 3 620 832,20

Abfügung zu für gezahlte Beitragsvorausfälle 626 507,83 — — — 626 507,83

M. 2 848 810,23 32 819,40 100 970,00 18 224,70 9 000 324,35

Ausgaben

Monat Oktober 1921:

Verausgabt für Verbandsorgan (69 824 M.), Ge. M.	27	M.
Gehälter (27 850 M.), Agitation, Drucksachen u. Sonstiges	179 755,48	

Fehlbetrag am Monatsende: 87 073,55 M.

Monat November 1921:

Dedung des Fehlbetrages vom Oktober	87 073,55
Für Verbandsorgan (88 520 M.), Gehälter (24 022 M.), Agitation, Drucksachen usw.	202 128,43

Summa: 319 201,98

Fehlbetrag am Monatsende: 114 805,56 M.

Monat Dezember 1921:

Dedung des Fehlbetrages vom November	114 805,56
Für Verbandsorgan (124 110 M.), Gehälter (15 966 M.), soziale Versorgung (67 M.), Agitation, Drucksachen u. d. 199 252,30	

Summa: 313 558,16

Fehlbetrag am Monatsende: 209 107,06 M.

Die Einnahme der drei Berichtsmonate betrug 409 000,10

Die Ausgabe betrug 611 116,21

Mith

Die Gelsenkirchener "Arbeiter-Zeitung" braucht auf solche Berichterstattungen nicht stolz zu sein. Sie die Belegschaft von Scholten möchte sich das Erfüllen richten, sich nicht von Phrasendrechtern einsingen und, wie vorstehendes Vorfall zeigt, behandeln zu lassen. Stärkt die Reihen unseres Verbandes und giebt den Leuten am 28. und 29. November die Antwort bei der Betriebsratswahl!

Eine RPD-„Erklärung“.

In der Gelsenkirchener „Union“, der Hand- und Mundarbeiter und Bergleute, die nicht alle werden, geben in der Nummer vom 3. November die drei unionistischen Betriebsräte mitglieder der Zeche Präsident in Bochum: Dösselkampf, Hölter und Halkus eine RPD-„Erklärung“ ab. Die Abgabe der Erklärung ist zulässig, auf die Vorhaltungen, die den fraglichen Betriebsräte mitglieder von den Anhängern der Union, aber ganz besonders von den kommunistischen Partei gemacht worden sind. Man drohte mit dem Auschluss, oder sie sollten es durch die Abgabe einer Erklärung von dem Vorwurf „Komödianten“ rein waschen. So einzig war die Geschichte jedoch nicht. Den Versuch haben sie gemacht, da sie aber zu diesem Reinwaschen kommunistisch-unionistisches Wasser benutzt haben, bleiden sie nach wie vor den Kürschwörtern. Hier handelt es sich um Leute, die, wenn sie zu kommunistisch-unionistischen Konferenzen reisen, dort das große Wort führen gegen die freien Gewerkschaften und die Arbeitsgemeinschaft. Aufgelehrt, entstehen sie der Belegschaft das Interesse von dem, was sie dort beschlossen haben und haben dabei noch kleine Brüder. In der Erklärung sagen die fraglichen Betriebsräte mitglieder folgendes:

Auf Präsident verfahren selbstverständlich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und der SPZ sowie der USP, die Ueberprüfung, während die Mitglieder der RPD und der Union nach 7 Stunden absitzen.

Um! Haben die Komödianten auf der Zeche Präsident ihren ganzen Anhang in so einer kurzen Zeit verloren? Wenn ja, dann freut es uns außerordentlich, daß die Bergarbeiter von Präsident sie erkannt haben. Wir hoffen, daß die Zeche Präsident noch vor kurzer Zeit als unionistische Hochburg galt. Bei der letzten Betriebsratswahl aus dieser Zeche erhielten Stimmen: Union 1029 (6 Mandate), Verband 544 (3 Mandate), Gewerbeverein 343 (2 Mandate), Syndikat 310 (2 Mandate). Rechnen wir die Stimmen der Syndikat 310 und Union 1029 zusammen, so kann man ohne Überprüfung von einer unionistischen Hochburg absehen.

Die drei Bergleute erklären, daß die Unionisten und Kommunisten nur die Sicherheitsbehörde verläufen. Da sie verschweigen, wieviel von den 3000 Mann starken Belegschaft herausgehen, so wollen wir dem ein klein wenig nachholen. Nur eine kleine Probe aus dem Monat September, jenem Monat, wo ein unionistisches Betriebsräte mitglied in der Belegschaftsversammlung den Belegschaftsmitgliedern die Vereinbarung der Arbeitsgemeinschaft empfohlen. Nach der Sicherheitsbehörde führen von den 3000 Mann starken Belegschaft heraus am 25. September 67 Mann, am 26. 72 Mann, am 27. 90 Mann, am 28. 75 Mann, am 29. 81 Mann. Im Oktober und Anfang November führen durchschnittlich noch weniger heraus. Rechnet man die Zahl der Bergarbeiter, die sehr oft wegen Erledigung dringender Angelegenheiten, öffentlicher Amtier und auszubauen müssen, so muß man sich tatsächlich wundern über die geringe Zahl der Auslöscher.

Ist es richtig, daß nur die SPZ, USP und die Arbeitsgemeinschaft die Überprüfungen verfügen, so hat die Union und die kommunistische Partei auf der Zeche Präsident sie allemal alles verloren.

Zwei weitere Ausführungen der fraglichen „Erklärung“ wird noch ein großer kommunistischer Schwindel der Öffentlichkeit präsentiert. Es wird da gerichtet von der ersten „Abreibung“, die Kamerad Otter in der Belegschaftsversammlung der Zeche Dannenbaum in Altenbodum erhalten haben sollte. Diese „Abreibung“ sollte Halkus vorgenommen haben. Es ist nämlich zunächst gar nicht wahr, daß Halkus dem Kammerot Otter entgegengestellt, da Halkus das Reverso hielt und ich hinter ihm sprach. Daß es eine Abreibung gab, das stimmt. Wer sie jedoch erhalten hat, dies Urteil überlassen wir sehr gerne den Versammlungsleitern, aber nicht Halkus. Daß die Versammlung eine erechte Abreibung einnahm, stimmt auch, da die Kommunisten und Unionisten die Wolltoben, weil sie die Wahrheit nicht vertragen konnten. Sie haben aber nicht vermocht, meine Ausführungen zu verhindern. Wenn aber Herr Halkus zum Schluß sagt, daß Kamerad Otter vorzog, den Saal zu verlassen, so übersteigt diese Abreibung der Öffentlichkeit durch die Kommunisten alles bis jetzt Unerhörte. Dem Versammlungsleiter seinem Unionisten, teilte ich mit — es war mittlerweise 1½ Uhr nachmittags geworden —, daß ich zum größten Bedauern wegen noch zwei weiteren Verpflichtungen am selben Tag die Versammlung dieses mit verlassen müsse. Der Leiter teilte dann der Versammlung dieses mit,

Wenn Herr Halkus meint, ich würde das Wiederkommen vergeben, so tut er gewaltig. Diese Annahme kann auch nur ein Produkt seiner Phantasie sein. Ich bin nach wie vor bereit, in alle Versammlungen zu gehen, soweit es die Zeit mit nur irgendeine gestattet. Hoffentlich bietet sich nicht bald die Gelegenheit dazu. Auf Wiedersehen! Carl Otter.

Überbergamtbezirk Bonn. Konferenz des Bezirkes Köln.

Unsere Bergarbeiter im Kölner Braunkohlen- und Erzbergbau waren am 5. November zu einer Aussprache über die wirtschaftliche Lage und Politik zusammen. Der Vertreter des Hauptvorstandes, Kamerad Ratzmann, behandelte erneut die Schließung und Entwicklung unseres Wirtschaftslebens. Leider seien die Organisationen, so schrieb er aus, durch die ständigen Lehrverhandlungen in den letzten Jahren nicht in der Lage gewesen, sich mit der Entwicklung der Wirtschaft zu beschäftigen, wie es im Interesse der Arbeiterschaft selbst und unserer Wirtschaft gelogen hätte. Durch die unbeständige Haltung der Entente regierungen musste die eingetretene Entwicklung unserer Lebensmittel in Erscheinung treten. Dieses wurde noch verschärft durch die Atonlosigkeit der bürgerlichen Parteien und die Gewerkschaftslosigkeit jener Volksträger, welche nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind. Hinzu komme noch der Abbau der Zwangswirtschaft und Einführung des freien Handels. Das Bestehe der sozialwirtschaftlichen Kreise auf Anpassung der Preise an die des Auslandes habe ebenfalls zur Steigerung der Steuerungswelle beigetragen. Es komme noch hinzu, daß in der Eisenindustrie bereits beide die Weltmarktreize überschritten sind und dadurch die Absatzmöglichkeit nach dem Auslande für diese Produkte unmöglich gemacht wird.

Auch wir wissen, daß die Lohnsteigerungen der Bergarbeiter nicht genügen würden, eine sozialwirtschaftliche Besserstellung herbeizuführen, solange jedoch andere Wege nicht gefunden werden, müssen die Lohnverbündungen zwangsläufig geheissen, um den Arbeitern über die größte Notlage hinwegzuhelfen. Die Lohnverhandlungen geschehen sich immer schwieriger, das beweist das Verhalten der Unternehmer bei den Verhandlungen im September d. J., indem dieselben einfach den Verhandlungen ferngeblieben sind; das Beweis ferner der Brief des Großindustriellen Thiesen an die Reichsregierung, in welchem zum Ausdruck gebracht wird, daß eine Steigerung der Löhne nur möglich gemacht wird, wenn der Achtunderttag bereitst ist. Durch die Särfung der Organisation sind die Widerstände des Unternehmers zu befechten und ist es deswegen notwendig, daß es jedes einzelne Mitglied des Verbandes in den Dienst der Sache stellt und mitarbeitet, daß die Organisation noch innen und außen ausgeboot wird. Auch der wilde Betriebsratstreit, wie er von den Kommunisten gefordert wird, sei nicht gezeigt, eine Aenderung in unserem Wirtschaftsleben herbeizuführen. Er werde nur zu dem Zwecke einberufen, um die politischen Ziele einer Partei zu fördern.

In der hier angeschickten Diskussion, die sich mehrere Stunden hinzog, wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß trotz aller Schwierigkeiten in unserem Wirtschaftsleben — was durchaus nicht bekannt werden soll — doch die vornehmste Aufgabe der Regierung sein muß, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft in der Lage ist, sich und die Familie ernähren zu können, was unter den heutigen gänzlich unzureichenden Löhnern vollständig ausgeschlossen ist. Die Konferenz lehnt deshalb den letzten Schiedspruch, wie er für das hiesige Revier gefällt worden ist, ab und beantragt den Vorstand, neue Verhandlungen einzubuchen, um einen besseren Ausgleich zwischen der Preissteigerung und den Löhnern der Bergarbeiter herbeizuführen. Zwei kommunistische Verbandsmitglieder versuchten noch im besonderen ihre Bekämpfung der angeblich verfehlten Maßnahmen der Zentralleitung zu rechtfertigen. Sie bekräfteten im besonderen die Absicht, die Gewerkschaften zu schwächen, sie wollten im Gegenteil, daß sie jeder Arbeiter der Organisation antrifft. Von den übrigen Vertretern auf der Konferenz wurde ihnen jedoch nachgewiesen, in welcher Weise durch dieses unverhältnismäßige Vor-gehen die Mitglieder angezettelt aus den Versammlungen fernbleiben und getrennt aus der Organisation getrieben werden.

Zudem noch der Knappheitsstreit im Bereich der Eisenbahnen und

An unsere Mitglieder!

Anlässlich der kommunistischen Agitation für einen von den Gewerkschaften nicht legalisierten Betriebsrätekongress verweisen wir unsere Mitglieder auf den Beschuß der Generalversammlung in Gießen, in dem es heißt:

„Die Generalversammlung bestätigt die Beschlüsse dieser Konferenz (vom 14. bis 17. Januar 1921 in Berlin) ausdrücklich als zu Recht bestehend. Nach diesen Beschlüssen stellen sich diejenigen Mitglieder außerhalb des Verbandes, welche 1. an der Bildung von „Reinzelnen“ oder „Fraktionen“ innerhalb des Verbandes beteiligt sind oder sie fördern; 2. an Konferenzen teilnehmen, die von irgendwelchen Parteien angehörigen, seien es kommunistische oder andere, einberufen und gegen unseren Verband gerichtet sind.“

Wir warnen unsere Mitglieder dringend, an der Vorbereitung dieser Konferenz teilzunehmen oder sich als Delegierte wählen zu lassen. Für uns kommen nur Konferenzen und Kongresse in Frage, deren Beschluß von unseren ordnungsmäßigen Gewerkschaftsinstanzen beschlossen wird. Es ist insbesondere auch unzulässig, aus Bezirks- oder Ortskassen Gelder für diesen kommunistischen Betriebsrätekongress oder andere wilde Konferenzen zu verwenden. Andererhandungen gegen die Generalversammlungsbeschlüsse ziehen die im Statut vorgesehenen Folgen nach sich.

Wir ersuchen unsere Mitglieder auch bringend, nicht auf die von kommunistischer Seite in Umlauf gesetzten Sammellisten für den wilden Betriebsrätekongress zu zeichnen.

Gießen, den 11. November 1922.

Der Vorstand.

halte, schloß der Leiter der Konferenz, Kamerad Grundmann, die selbe mit den Worten, daß sie beitreten möge zur inneren Festigung des Verbandes im Kölner Revier.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Klassenkampf-Methode.

Der „Klassenkampf“ steht in Nr. 260 vom 6. November richtig mit, daß die Reichslohnkommission für den Bergbau, aber auch Christen und Hirschdorfer Gewerkschaften, der letzten Schiedspruch über die Lohnverhöhung als ungünstig abgelehnt haben. Daran knüpft die Redaktion folgende Bemerkung: „Videtur haben die Bergarbeiter die gegen ihre Interessen gerichteten Abmachungen verworfen. Schön mehrere Male geschah das. Aber je bestialisch sind die Bergarbeiter durch die Gewerkschaftsvertrakte hinterher betrogen worden. Hoffentlich sind die Bergarbeiter diesmal auf dem Posten, daß sie nicht wieder gegen ihren Willen an Abmachungen gebunden werden.“

Der „Klassenkampf“ behauptet also, die Gewerkschaftsbeamten seien Betrüger, der sie oder anderen durch organische Täuschung Vorteile verschaffen will oder jemand absichtlich und bewußt etwas vorspielt. Wir haben diese untere Aussicht der „Klassenkampf“-Redaktion telefonisch mitgeteilt und sie erfuhr, uns zu erläutern, ob sie den Vorwurf des Betruges aufrecht erhält. Die Redaktion des „Klassenkampf“ hat uns auf demselben Wege erklärt, daß sie die freigleiche Bemerkung vermutlich geschrieben habe und bereit sei, jederzeit dafür einzutreten.

Diese Gelegenheit wollen wir der „Klassenkampf“-Redaktion nicht rausen. Nur gehalten wir uns, den für diese Rolle verantwortlichen Redakteur so lange als einen erblassen, gemerkt: Verleumder zu bezeichnen, bis er den beispielvollen Nachweis, die Bergarbeiter seien durch die Gewerkschaftsbeamten betrogen worden offiziell erbracht hat.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. (Bezirk Halle).

W. Hesse.

Polnisch-Oberschlesien.

Berndostolpererung für Polnisch-Oberschlesien.

Am 22. Oktober fand in Katowitz eine Rednerkonferenz unserer Vertrauensleute statt. Kamerad Leyendeck sprach zuerst über den Stand der Ligasituation. Nach der Erklärung Oberschlesiens feste natürlich und besonders infolge des Terrors ein starker Rückgang ein. Aber in den letzten Monaten hat der Verband wieder ersteilige Fortschritte gemacht. Leider ist die Propaganda- und Versammlungsmöglichkeit immer noch durch die „Bojowods“ fest beschränkt. Am meisten arbeiten die polnischen Centralvertrakte gegen uns. Sie versuchen sogar Vertrauensleute unseres Verbandes zu besiegen. — Redner geht darauf auf die Zeitgründung ein und bestreitet die. Die politischen Verbände, die geringere Beiträge erheben, handeln unverantwortlich, da sie keinen Rückhalt für die Zukunft idroffen.

Kamerad Ratzmann zeichnet eine Bild der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche sich über Prognosierungen zum Trost seit der Übergabe an Polen verschlechtert haben. Nach dem Einzug der Polen legte der Ausverlauf durch die hierfür kontraktierten Kongressen ein. Heute muß der Arbeiter sich in Deutschland keine Kleidung kaufen und ist verhältnismäßig, da er die hiesigen Preise nicht ertragen kann. Aber auch auf allen anderen Gebieten ist die Teuerung hier bedeutend größer als in Deutschland. Die Behörden sind größtenteils infolge des mangelhaften Beamtenlaments unfähig und arbeiten nur langsam. In Polen ist — trotz des Widerspruchs der polnischen Gewerkschaften, die freie Arbeiterschaft eingeführt worden. Die Führung des Betriebsrätegesetzes verhindert die Arbeit nur dem entsprechenden Auftreten der deutschen Gewerkschaften bei Generaldirektion, während die Polen damals dagegen waren. Später haben sie dann die Betriebsräte allerdings zu politischen Zwecken, zum Terror gegen Deutsche, missbraucht. Die Arbeit für den Verband ist heute schwieriger als vor 20, 30 Jahren, als die ersten Jahrzehnte begründet wurden.

Trotz der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse steht der Arbeitgeberverband noch auf dem Standpunkt, daß eine Lohnverhöhung in Polnisch-Oberschlesien immer erst nach dem zentralen Berliner Verhandlungsraum erfolgen sollte. Nur mit Mühe ist es im August und September gelungen, für Polnisch-Oberschlesien höhere Löhne als für Deutsch-Oberschlesien zu erzielen. Jetzt sind wieder neue Forderungen gestellt worden und in Berlin Verhandlungen im Gang. Wir müssen aber hier auch diesmal eine besondere Bulle verlangen. Die Eregung der Belegschaften ist sehr groß. Diese findet Ausdruck in zahlreichen Streitigkeiten, welche der Bezirksteilung zugehen. Eine starke Streitimmung ist unvermeidbar. Die politischen Organisationen bestehen jedoch keine Mittel. Auch sind große Halbmonate vorhanden.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Gestagt wurde, daß sich einzelne Betriebsräte beschließen lassen. Auch wurde ein Gesicht erwidert, wonach aus Bochum 50 Bergarbeiterfamilien vertrieben sein sollen. Dieses Gerücht wurde zu einer wahnsinnigen Deutschenbegehrung. Kamerad Ratzmann stellte sofort die Unwahrheit dieses Gerüchts fest. Kamerad Franz gab dann noch einen Bericht über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen.

Folgende Entschließung wurde dann einstimmig angenommen:

„Die Ritterkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Polnisch-Oberschlesien, die am 22. Oktober in Katowitz tagte, nimmt Kenntnis von den Berichten über die Entwicklung des Verbandes und über die wirtschaftliche Lage des Landes. Tross Wirtschaftskrisse und Saturation des Wirtschaftslebens muß leider festgestellt werden, daß die Tätigkeit des Verbandes, insbesondere die Versammlungsfreiheit durch terroristische, nationalistiche verhetzte Verbände behindert wird. Dieses Treiben liegt nicht im Interesse der Bergarbeiter und der ruhigen, friedlichen Entwicklung des Landes. Die Konferenz fordert deshalb von den Behörden Maßnahmen, die zur Entspannung der nationalen Gegenseite beitragen. An die Wirtschaft richtet die Konferenz den Appell, sich nicht aus nationalen Gründen zu zerstreuen, sondern Duldung und Toleranz in nationalen Fragen zu üben.“

Die Organisationsleitung wird anstrengt, ihre ganze Kraft einzufordern für die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter. Von den

Bergarbeiter mehr als bisher Rechnung zu tragen. Die gegenwärtigen Löhne sind nicht ausreichend, um die Arbeitskraft der Bergarbeiter aufrecht zu erhalten. Rot und Gelb herrscht in den Bergarbeiterfamilien, wodurch selbstverständlich die Leistung der Bergarbeiter ungünstig beeinflusst wird. Die Konferenz fordert deshalb fortlaufende Anpassung der Löhne und der sonstigen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse an die Preise der Lebensmittel und der übrigen Verbrauchsgegenstände. Der gegenwärtige Lohnzahlsatz von 1000 Mk. entspricht nicht den Interessen der Bergarbeiter und die Organisationsleitungen werden aufgefordert, gemeinsam mit den Betriebsräten eine Änderung der Lohn- und Lohnzahlsätze zu erwirken. Da die Bergarbeiter und Schlafungsausschüsse richten die Konferenz, daß

die Bergarbeiter, ihre Arbeiten zu beschleunigen.“

Kamerad Franz berichtet dann noch über die Zustellung der Verbandspreise. Aufgrund Zustellungsberechtigkeiten kann die Bergarbeiter-Zeitung nur schwer in die Hände der Mitglieder gelangen. Den anderen deutschen Verbänden geht es ebenso. Die deutschen freien Gewerkschaften haben deshalb mit dem Ratskollege „Volkspolizei“ verhandelt. Dieser soll möglichst eine besondere Gewerkschaftsbelastung bringen, welche auch den Verbandsmitgliedern zugestellt werden soll. Die Konferenz ist damit einverstanden.

Nachdem noch der Bezirksvorstand durch Neuwahlen ergänzt wird, schlägt Kamerad Ritzmann die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband.

Die neuen Lohnvereinbarungen.

Bei den Lohnverhandlungen, die am 10. November in Berlin stattfanden, wurde, nachdem der Schiedsspruch, der ab 1. Novbr. eine durchschnittliche Lohnverhöhung von 50 Mk. festgesetzt hatte, vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt worden war, folgendes vereinbart:

Ruhrgebiet. 1. Lohnverhöhung ab 16. November von durchschnittlich 565 Mk. je Schicht. 2. Erhöhung des Kindergeldes um 40 Mk. und des Haushaltsgeldes um 20 Mk. je Schicht.

Die Verteilung der Erhöhung bleibt den Revieren überlassen. Die Unternehmer sind bereit, die Zahlungstermine zu ändern, auch darüber wird rechtzeitig verhandelt.

Für die übrigen Reviere wurde vereinbart:

Niedersachsen. 85 Prozent der Zulage für das Ruhrgebiet, ungefähr 331 Mk. einschließlich Soziallohn.

Hessen. 100% Zulage durchschnittlich 370 Mk. einschließlich Soziallohn.

achsen. 850 Mk. je Schicht, dazu Erhöhung des Kinder- und Haushaltsgeldes wie im Ruhrgebiet.

Niedersachsen. Durchschnittlich je 491,50 Mk. dazu Erhöhung des Kinder- und Haushaltsgeldes wie im Ruhrgebiet.

Außerdem erhält jeder Arbeiter im Alter von 20 bis 24 Jahren je Schicht 10 Mk. Zulage, über 24 Jahre alte Arbeiter je Schicht 15 Mk. Zulage.

Oberschlesien. 533 Mk. durchschnittlich je Schicht, dazu Kinder- und Haushaltsgeld wie im Ruhrgebiet.

Waren (Riechföhrle). Zulage durchschnittlich 562,50 Mk. je Schicht einschließlich Soziallohn.

Banen (Steinkohle). 500 Mk. durchschnittlich je Schicht einschließlich Soziallohn.

Banen (Braunkohle). 94 Prozent der Zulage für Mitteldeutschland. für kleine Braunkohlenbetriebe 90 Prozent der Zulage für Mitteldeutschland.

Köln (sächsische Braunkohle). 565 Mk. durchschnittlich je Schicht, dazu Kinder- und Haushaltsgeld wie im Ruhrgebiet.

Die Vereinbarungen für Mitteldeutschland Sachsen und Westerwald werden sich wahrscheinlich in ähnlichen Rahmen befinden, das Ergebnis lag bei Schluß der Redaktion noch nicht vor, da insbesondere in Mitteldeutschland